



AK Bildung und Wissenschaft der Landtagsfraktion
Sprecher: Dr. Hans Jürgen Fahn

Bildung – auch weiterhin ein zentrales Thema der Freien Wähler
(Statement auf der Landesdelegiertenversammlung am 9.11.2008 in Wendelstein)

von Dr. Hans Jürgen Fahn, MdL

**„Es gibt nur eine Sache, die teurer ist als Bildung, dies ist keine Bildung“
(John F. Kennedy).**

Bildung wird also ein Schwerpunkt der Politik der Freien Wähler im neuen Landtag bleiben. In der neuen Landtagsfraktion haben wir vier ausgewiesene Bildungsexperten: Eva Gottstein, Michael Piazzolo, Günther Felbinger und Dr. Hans Jürgen Fahn mit zum Teil jahrzehntelangen Erfahrungen.

Obwohl im Länderranking Bayern im Bereich Bildung sicherlich nicht schlecht dasteht, wurden in den letzten Monaten auch viele Defizite herausgearbeitet. Gerade unser Plakatmotiv „Mehr Lehrer – kleinere Klassen“ wurde von der Bevölkerung verstanden und ist für uns auch eine Herausforderung für die nächsten Monate.

Die neue Fraktion der Freien Wähler hat in einer Klausurtagung in Sonthofen Schwerpunkte für die inhaltliche Arbeit gesetzt; hier werden wir auch Anträge in die entsprechenden Ausschüsse einbringen und versuchen, eine Mehrheit zu erhalten. Bitte haben Sie Verständnis, wenn heute nicht zu jeder Position eine ganz präzise Forderung gestellt wird, denn wir von den Freien Wähler erarbeiten unsere Positionen nicht von oben nach unten, sondern von unten nach oben. Wir wollen fundierte, professionelle Positionspapiere erarbeiten und dazu benötigen wir auch professionellen Sachverstand durch hauptamtliche Mitarbeiter, die aber zur Zeit noch nicht vorhanden sind. Einige wichtige Punkte werden hier aufgeführt:

1. Erhalt der (Hauptschulen) im ländlichen Raum – Erhalt von wohnortnahen Schulen

Seit 1991 wurden in Bayern 586 Teilhauptschulen und 82 Hauptschulen geschlossen und es ist zu befürchten, dass von den noch bestehenden 1000 Hauptschulen noch weitere 300 geschlossen werden. Der Koalitionsvertrag von CSU und FDP sieht zwar sieben Modellversuche einer Zusammenarbeit von Hauptschule und Realschule vor, die aber weiterhin völlig selbständig bleiben sollen. Schon jetzt zeichnet sich ab, dass dieses Angebot weit mehr als 7 Schulen (man schätzt ca. 100) wahrnehmen wollen; hier muss sicherlich noch nachgebessert werden. Dazu hat der BLLV eine Resolution zur Regionalen Schulentwicklung ausgearbeitet. Ob dadurch das Problem der „sterbenden Hauptschule“ gelöst werden kann, ist mehr als fraglich. Die Freien Wähler werden hierzu ein Konzept ausarbeiten. Wir wollen einen weitgehenden Erhalt von wohnortnahen Schulen. Zum Konzept einer Regionalschule (Fusion von Haupt- und Realschule) haben die Freien Wähler noch einen Diskussionsbedarf in den nächsten Wochen.

2. Völlige Abschaffung der Studiengebühren

Eine große Enttäuschung des Koalitionsvertrages ist sicherlich die Tatsache, dass die Studiengebühren erhalten bleiben sollen; man will lediglich die Verwaltungsgebühr von 50 € streichen. Und

dabei gibt es doch eine Studie bzw. repräsentative Umfrage im Auftrag des Bundesbildungsministeriums, die am 21.10. 2008 zu dem Ergebnis kam, dass gerade Studiengebühren die Abiturienten vom Studium abschrecken (im Jahre 2006 waren dies 18000 Abiturienten in Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen). Besonders Frauen und junge Menschen aus ärmeren Familien lassen sich von den Gebühren abschrecken. Daher warten wir auch mit großen Spannung auf den Armutsbericht der Bayer. Staatsregierung, der bisher ebenfalls eine „öffentliche Verschlussache“ war. Zur Abschaffung der Studiengebühren gibt es Anträge der SPD und der Grünen, den wir derzeit noch prüfen und ihn evtl. ergänzen bzw. unterstützen.

3. Kleinere Klassen und mehr Lehrer

Hier wurde zum Beispiel im Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass man anstrebe, bis 2013 die Klassenhöchststärke von 30 bei weiterführenden Schulen (und 25 bei Grundschulen) zu erreichen. Dann steht noch weiter drin, dass der geplante Ausbau der Ganztagesangebote Vorrang vor der vollen Ausschöpfung der geplanten Reduzierung von Klassenstärken habe. Dies ist natürlich für die Freien Wähler zu wenig. Dass es auch anders geht, haben die drei Bundesländer Niederösterreich, Vorarlberg und die Steiermark bereits bewiesen, wo ab dem Herbst 2008 an allen Pflichtschulen „keine Klasse über 25“ eingeführt wurde. Substantiell hat sich in Bayern in dieser Frage noch wenig geändert, seit dem Mitte Juli 2008 die Elterninitiative „Für mehr Lehrer an Bayerns Schulen“ insgesamt 140000 Unterschriften an den damaligen Ministerpräsidenten übergeben haben. Die Freien Wähler werden in Kürze ein Konzept entwickeln, wie dies auch in Bayern machbar und auch finanzierbar ist.

4. Konnexitätsprinzip muss auch in der Bildungspolitik gelten

Im Koalitionsvertrag steht hier: „Die Jugendsozialarbeit an Schulen wollen wir in Zusammenarbeit mit den Kommunen ausbauen“.

Damit wird aber gemeint, dass die Kommunen weiterhin die Sozialarbeiter bezahlen sollen. Dies ist überhaupt kein Fortschritt, sondern eine Festschreibung des Status quo. Sozialarbeiter werden gerade auch im Hinblick auf den Ausbau der Ganztagesesschulen dringend benötigt, aber sie sollten eigentlich dann zum pädagogischen Personal gehören und dafür ist der Freistaat finanziell zuständig.

Analoges gilt für den Satz im Koalitionsvertrag: „Wir werden das für die Eltern kostenfreie letzte Kindergartenjahr in Abstimmung mit den Kommunen mittelfristig einführen“. Hier wird eine wichtige Forderung aus dem Wahlprogramm der Freien Wähler nur halbherzig umgesetzt. Wir wollen dies nicht mittel-, sondern kurzfristig einführen und hierfür muss wieder der Freistaat aufkommen. Die Passagen des Koalitionsvertrages sind wiederum viel zu schwammig und lassen vieles offen.

5. Meinungsbildung innerhalb der Freien Wähler

- **Einbindung der Basis**

Wir Freien Wähler wollen keine Bildungspolitik allein in der Fraktion erarbeiten, Daher soll es in Zukunft eine enge Verzahnung zwischen der Fraktion und dem bisherigen Landesarbeitskreis „Bildung“ geben. Dieser AK unter der Leitung von Christian Kögl hat in der Vergangenheit sehr gute Impulse für die Meinungsbildung innerhalb der Freien Wähler gegeben. Der Landesarbeitskreis soll natürlich fortgeführt werden und regelmäßig tagen (z.B. 4mal pro Jahr) und mit Fachleuten aus allen Bezirksverbänden besetzt sein.

- **Einbindung der Verbände**

Der Arbeitskreis Bildung und Hochschule der Freien Wähler wird in den nächsten Monaten mit allen wichtigen Verbänden (Lehrer-, Eltern und Schülerseite) Gespräche führen, um deren Positionen kennen zu lernen.

- **Einbindung der Bürger**

Hier nutzen wir das Bürgergutachten : Unser Bayern – Chancen für alle. Auf Vorschlag des damaligen Bayer. Ministerpräsidenten wurden Anfang 2008 einige Hundert Bürger aus allen Regierungsbezirken, eingeladen, um an einem Konzept mitzuarbeiten. Hier wurden von einer repräsentativen Auswahl von Bürgern verschiedene Vorschläge erarbeitet. Die wichtigsten notwendigen Verbesserungsvorschläge für das bayer. Bildungssystem lauten:

- kleinere Klassen
- kompetentere und motiviertere Lehrer
- Modernisierung und Entschlackung der Lehrpläne

Bei der Frage „wie man den Druck auf die Kinder in der vierten Klasse der Grundschule vermindern kann?“, lauteten die drei wichtigsten Forderungen:

- späterer Übertritt in weiterführende Schulen
- Forderung von Lernschwachen
- Kooperation Schule/Eltern verbessern mit mehr Informationen

Ob die im Koalitionsvertrag vorgesehene „Gelenkklass“ in der 5.Jahrgangsstufe diesen Druck nehmen wird, wird sich noch zeigen, ist aber nach Ansicht der Freien Wähler ein zumindest ein kleiner Fortschritt .

Die Einbindung von Bürgern ist gut; wenn aber die Bürger merken, dass ihre Vorschläge nur auf dem Papier geschrieben sind, dann entsteht Frust und Politikverdrossenheit. **Wir jedenfalls sind der Auffassung, dass die Vorschläge dieses Bürgergutachten viel zu wenig bei der Ausarbeitung des Koalitionsvertrages eingebaut wurden.**

6. Bildungspolitik muss nachhaltig sein und das Bürgerengagement fördern

Damit Bildungspolitik auch nachhaltig bleibt, müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein.

- Bildungspolitik braucht Planungssicherheit; in der Vergangenheit wurde zu schnell viel zu viel geändert; fast jede Woche kam vom KM ein neues Schreiben mit Veränderungen.
- Bildungspolitik muss verlässlich sein; was vor der Wahl gesagt wird, muss auch danach gelten
- Bildung ist kein Reparaturbetrieb oder wie es Michael Piazzolo treffend ausdrückte eine „Akkumulation von Wissen“. Bildungspolitik muss Werte vermitteln. Die Initiative der Staatsregierung „Werte machen stark“, ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung und sollte ausgebaut werden. Hier geht es um Werte wie soziale Verantwortung, Hilfsbereitschaft, Disziplin, Teamfähigkeit, Zuverlässigkeit, Fairness, Zivilcourage, u.s.w.
- Schule und Hochschule müssen also das bürgerliche Engagement mehr als bisher fördern bzw. in diesem Bereich eingebunden werden; Beispiele sind hier Engagement für Senioren, für Familien oder Engagement in der Jugendhilfe in Zusammenarbeit mit außerschulischen Partnern (Verstärkung des Praxisbezuges als Zukunftsaufgabe!). In Bayern gibt es inzwischen auch viele Freiwilligenagenturen. Eine Untersuchung der Stiftungshochschule München im Auftrag des Sozialministeriums kam 2008 zu dem Ergebnis, dass „im Schnitt ein Einsatz von 1 € für solches bürgerliches Engagement einen Nutzen von 7, 24 € bringt“. Daher ist es wichtig, dass Kultusministerium und Sozialministerium solche außerschulischen Projekte noch mehr als bisher fördert.

Die gemachten Ausführungen sind lediglich ein erster Überblick über die Aktivitäten der neuen Fraktion der Freien Wähler; ich wiederhole es noch einmal: Ausgaben für Bildung sind wichtige Investitionen für die Zukunft, denn schon Mark Twain sagte:

„Bildung ist das, was übrigbleibt, wenn der letzte Dollar oder €weg ist“ .